



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erdgasbohrungen im Alpenvorland verhindern – Pläne der fossilen Berliner Rückschrittskoalition stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Pläne der neuen Bundesregierung, 20 Gigawatt reine Erdgaskraftwerke auszuschreiben, völlig überdimensioniert sind, das Erreichen der Klimaziele zusätzlich massiv erschweren und langfristig zu höheren Energiepreisen führen werden.

Zudem stellt der Landtag fest, dass neue Erdgasbohrungen in Bayern völlig unnötige und klimaschädliche Unterfangen sind, die langfristig die Abhängigkeit von teurer fossiler Energie erhöhen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, landesplanerische Schritte einzuleiten, um neue Gasbohrungen schnellstmöglich zu unterbinden.

Zudem wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für folgende Punkte einzusetzen:

- einen sofortigen Stopp neuer inländischen Gasförderung
- keinen überdimensionierten Neubau reiner Gaskraftwerke
- Ausschreibung einer angemessenen und flexiblen Kraftwerksleistung mit klaren Vorgaben zur Nutzung klimafreundlichen Wasserstoffs

Begründung:

Bereits heute kommen rund 60 Prozent des erzeugten Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien. Die Pläne der neuen Bundesregierung, mindestens 20 Gigawatt an reiner Gaskraftwerksleistung auszuschreiben, gehen weit über den tatsächlichen Bedarf flexibler Kraftwerksleistung hinaus und stellen eine Gefahr für den weiteren Ausbau kostengünstiger, klimafreundlicher erneuerbarer Energien dar. Zudem führt der Fokus auf Gaskraftwerke in Kombination mit einer CO₂-Abscheidung (CCS) langfristig zu höheren Energiepreisen, da sowohl die Abhängigkeit von teuren ausländischen Gasimporten erhöht als auch eine äußerst energieaufwendige CCS-Technologie notwendig wird. Durch den Verzicht in den geplanten Ausschreibungen auf die Vorgabe, dass die neuen Gaskraftwerke „Wasserstoff ready“ sein müssen und der Einsatz von grünem Wasserstoff vorgegeben wird, würde der Wasserstoffhochlauf massiv ausgebremst.

Neue Erdgasbohrungen, wie sie derzeit zum Beispiel in Reichling im Landkreis Landsberg am Lech geplant sind, stoßen auf großen Widerstand bei den Menschen vor Ort. Projekte zum Ausbau der Erdgasförderung in Bayern und ganz Deutschland führen

dazu, dass der Wandel zu einer sauberen Energieversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien unnötig erschwert wird. In Zeiten, in denen die Klimakatastrophe, wie aktuell in Form einer Rekord-Trockenperiode im Frühjahr, massiv spürbar ist, sendet der Bau von neuer Erdgasinfrastruktur in Bayern das falsche Signal. Die Abhängigkeit Bayerns von fossilen Energieträgern wird somit langfristig verlängert. Derzeit herrscht keine Gasmangellage, welche die Erdgasförderung in sensiblen Gebieten wie dem Alpenvorland rechtfertigt. Es besteht ebenfalls kein Bedarf eines überdimensionierten Neubaus von Gaskraftwerken, wie es von der neuen Bundesregierung geplant ist.

In Bayern gilt das gesetzliche Ziel, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Die Staatsregierung muss sich daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, saubere und günstige erneuerbare Energien voranzubringen, anstatt teure fossile Technologien aus der Vergangenheit auszubauen.